

BERNER

FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Fokus Klima und Umwelt

Von Tür zu Tür, von Mensch zu Mensch

Das Wahlkampfjahr 2019 hat begonnen, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Ziel ist klar: Wir wollen die SP überholen. Dafür werden viele motivierte und einsatzbereite Freisinnige am Haustürwahlkampf des teamFDP teilnehmen.
Seite 7



Nachhaltigkeit 2.0

In der Zukunftsvision für die Schweiz bekennt sich FDP.Die Liberalen klar zum nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen: Wir wollen weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik. Dafür braucht es innovative, umsetzbare Lösungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir zeigen Ihnen, wie das Klima und die Umwelt mit liberalen Instrumenten und ohne Verbote wirksam geschützt werden.
Seite 8 bis 12

Delegiertenversammlung Biel

Die Delegierten der FDP haben am 12. Januar ihren alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann würdig verabschiedet und die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter herzlich willkommen geheissen. Ausserdem sagen sie Ja zur AHV-Steuerreform und zur Waffenrichtlinie.
Seite 18 und 19

Es schlägt die Stunde der Frauen

Ständeratswahlen

Die bernischen FDP-Delegierten haben mich mit warmem Applaus eindrücklich als ihre Ständeratskandidatin für die Wahlen im kommenden Herbst nominiert. Ich bin sehr dankbar über diesen grossen Vertrauensbeweis und werde mich in einem engagierten Wahlkampf dafür einsetzen, dass die FDP Kanton Bern nach 16 Jahren seit dem Rücktritt von Christine Beerli endlich wieder in die kleine Kammer zurückkehrt. Wir brauchen wieder mehr wirtschaftsfreundliche Politik mit liberalen Frauen im Ständerat! Anfang Dezember wurde unsere einzige freisinnige Ständerätin Karin Keller-Sutter in den Bundesrat gewählt, worauf wir sehr stolz sind. Sie hinterlässt jedoch auch eine grosse Lücke im Ständerat, denn aktuell stellt sich mit Brigitte Häberli-Koller (CVP/TG) nur eine einzige amtierende Ständerätin zur Wiederwahl.

Mais où sont les femmes? In der Politik gilt wie in der Wirtschaft: Gemischte Teams sind kreativer und erfolgreicher, weil unterschiedliche Ideen, Lebenserfahrungen und Standpunkte in die Entscheidungsfindung mit einfließen. Ich bin deshalb besonders stolz darauf, dass unsere Partei die Zeichen der Zeit erkannt hat und den Wählerinnen und Wählern im Kanton Bern fast gleich viele Frauen wie Männer zur Wahl in den Nationalrat empfiehlt. Als Partei der Freiheit, des Gemeinnsinns und des



Christa Markwalder (Mitte)

Fortschritts wollen wir die Frauenvertretung auf allen föderalen Ebenen stärken – vor allem auch im Ständerat, wo wir in früheren Legislaturen im Vergleich zu den anderen Parteien jeweils am fortschrittlichsten waren.

Den Kanton Bern im Ständerat zu vertreten, wäre mir eine grosse Ehre und würde helfen, unse-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–6 Berner Freisinn
- 7 Wahlen 2019 / Door2Door
- 8 CO₂-Gesetz – Lösung statt Empörung!
- 9 Klimapolitik 2.0 als Chance
- 10 Elektromobilität / Emissionsreduktion
- 11 Gebäudesanierung / Abfallwirtschaft
- 12 Nachhaltigkeit in Grossunternehmen
- 13 FDP International
- 14 FDP Service Public
- 15–17 Rückblick auf die Bundesratswahlen
- 18/19 Delegiertenversammlung Biel
- 20 Mentoringprogramm der FDP
- 21 AHV-Steuervorlage / Waffenrichtlinie
- 22 Nein zur Zersiedelungs-Initiative
- 23 Agenda und Parolenspiegel

Kantonalteil:

Redaktion Berner Freisinn
Neuengasse 20 | 3011 Bern
T: 031 320 36 36 | F: 031 320 36 30
E: info@fdp-be.ch | www.fdp-be.ch

Layout:

LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:

NZZ Media Services AG
T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch



Von Tür zu Tür, von Mensch zu Mensch

Gemeinsam kommen wir weiter.

Liebe Freisinnige

Es macht mir grosse Freude, auf das Jahr 2018 zurückzublicken. Wir sind nämlich seit 2018 die Partei mit den meisten gewählten Personen in den Kantons- und Regierungsräten. Und mit Karin Keller-Sutter haben wir eine Bundesrätin mit einem enormen politischen Leistungsausweis. Liebe Karin, ich danke Dir von ganzem Herzen, dass Du Dich in den Dienst von allen Menschen in der Schweiz stellst, damit wir als Land und Gesellschaft gemeinsam weiterkommen. Ich wünsche Dir für Deine Zukunft als Bundesrätin alles Gute, viel Kraft und vor allem viel Freude. Wir sind stolz darauf, dass Du unsere freisinnigen Werte im Bundesrat vertrittst!

Ich danke an dieser Stelle auch unserem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann noch einmal ganz herzlich für sein unermüdliches und langjähriges Engagement für die Schweiz. Lieber Hannes, ich wünsche Dir alles, alles Gute für die Zukunft!

Treten Sie dem Team FDP bei!

Doch nicht nur der Rückblick macht Freude, sondern auch der Ausblick. Denn nach zwei Jahren intensiver Vorbereitung ist es endlich da, das Wahljahr 2019. Unser Ziel für die Wahlen ist klar: Wir wollen gewinnen und die SP überholen. Damit wir das erreichen, gehen wir von Tür zu Tür und sprechen mit den Menschen darüber, was sie beschäftigt. Dazu haben wir das Team FDP gegründet. Helfen auch Sie mit, kommen Sie mit uns auf die Strasse – melden Sie sich gleich an.

Klimapolitik im Fokus

Auch in der Klimapolitik müssen wir endlich gemeinsam weiterkommen. Insbesondere nachdem das CO₂-Gesetz von einer unheiligen Allianz der Linken und der SVP versenkt worden ist. Das Beispiel zeigt wieder einmal deutlich, dass es den Linken und der SVP wichtiger ist, an ihrer ideologischen Verbots- und Blockadepolitik festzuhalten, als sich konstruktiv für die Verbesserung der bewährten Instrumente der Klimapolitik im In- und Ausland einzusetzen. Das machen wir nicht mit! Die FDP will weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen, flexiblen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik, mit der die Schweiz vorwärtskommt. Dazu haben wir in unserer Zukunftsvision für die Schweiz ein klares Bekenntnis abgegeben. In diesem «Freisinn» zeigen wir Ihnen in verschiedenen Beiträgen auf, wie eine liberale, zukunftsfähige Klima- und Umweltpolitik aussehen soll. Ich wünsche Ihnen viel Spass bei der Lektüre!

Liberale Grüsse

Petra Gössi

PS: Am 10. Februar stimmen wir über die überflüssige und unnütze Zersiedelungs-Initiative ab. Sagen Sie Nein zu dieser zentralistischen Vorlage, denn sie lässt die unterschiedlichen Bedürfnisse unserer vielfältigen Schweiz völlig ausser Acht.

Unsere PS auf den Boden bringen

Gemeinsam weiterkommen.

Mit 72 Kandidierenden steigen FDP und Jungfreisinnige in die National- und Ständeratswahlen vom 20. Oktober 2019. Der neue Wahlkampfleiter Konrad E. Moser und sein Wahlstab haben die Arbeiten aufgenommen.

Seit 2015 hat die FDP. Die Liberalen bei kantonalen Parlamentswahlen 34 Mandate dazugewonnen, keine andere Partei hat in dieser Zeit so viele Sitze zugelegt. Im letzten SRG-Wahlbarometer vom vergangenen Oktober erreichten die Freisinnigen schweizweit einen «Wähleranteil» von 17,7 Prozent, was gegenüber den Nationalratswahlen von 2015 einen Zuwachs um 1,3 Prozent bedeutet. Die-

se Fakten zeigen deutlich: Die freisinnig-liberale Politik ist wieder im Aufwind, die Power ist zurück im FDP-Antrieb!

Bei den Grossrats- und Regierungsratswahlen vom vergangenen Jahr konnte die FDP im Kanton Bern denn auch von diesem Trend profitieren und 3 Sitze im Kantonsparlament dazugewinnen. Von diesem Elan und dem Vertrauen der Wählerschaft



Konrad E. Moser

in unsere Politik wollen wir profitieren und auch bei den National- und Ständeratswahlen vom 20. Oktober 2019 unsere PS auf den Boden bringen.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

re liberalen Ideale noch wirksamer einzubringen: Unser Kanton ist so vielfältig wie die Schweiz mit der Bundesstadt Bern als Zentrum und Hauptstadtregion, hat eine stolze Vergangenheit, eine breit gefächerte Wirtschaft und ist Tourismusmagnet. Gleichzeitig hängen wir an der Infusion des eidgenössischen Finanzausgleichs und müssen darum tagtäglich kämpfen, dass unsere Unternehmen nicht in steuergünstigere Kantone oder gar ins Ausland wegziehen und wir dadurch wertvolle Arbeitsplätze verlieren.

Gerade darum ist für unseren Kanton im Ständerat eine starke wirtschaftsliberale, gesellschaftlich progressive, ökologisch sensible und weltoffene Stimme dringend nötig.

Freiheit und Eigenverantwortung, Solidarität und Respekt, Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein, Leistungsbereitschaft und Unternehmergeist sowie die Prosperität unseres Kantons und unseres Landes bildeten für mein politisches Engagement stets die Richtschnur.

Freiwilligenarbeit genießt in meinem Leben eine hohe Priorität, sei es als OK-Präsidentin des Schweizerischen Jugendmusikfests #burgdorf19 oder als neue Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik.

Als Ständerätin werde ich mich für die motivierten Start-ups in den Städten, die hart arbeitenden Gewerbebetriebe und die innovative Landwirt-

schaft in den ländlichen Regionen einsetzen. Unser gemeinsames Ziel muss sein, dass der Industrie- und Dienstleistungsstandort Kanton Bern als Ganzes zulegen kann.

Ich habe viele Ideen, wie sich unser Kanton und unser Land in einem sich fragmentierenden Europa wegen Brexit und einer sich fragmentierenden Welt wegen des Aufstiegs autokratischer Herrscher weiterentwickeln kann und muss. Vorab ist es wichtig, das Verhältnis zu unseren Nachbarn und unserer wichtigsten Handelspartnerin EU auf eine solide und verlässliche rechtliche Basis zu stellen. Zudem ist die proaktive Freihandelspolitik unseres zurückgetretenen Wirtschaftsministers Johann Schneider-Ammann fortzuführen.

Schliesslich stehen auch viele wichtige und dringende innenpolitische Reformen an. Allen voran die Unternehmenssteuerreform STAF sowie eine Neuauflage der Altersvorsorge, die den demografischen Realitäten und damit auch der jungen Generation gerecht wird und nicht einfach nur neue Lohn- und Mehrwertsteuerprozente in die AHV hineingiesst. Dem Klimawandel müssen wir mit klugen Anreizen via CO₂-Gesetz und wirksamer internationaler Kooperation begegnen, anstatt uns auf kantonaler Ebene mit neuen kontraproduktiven Geboten und Verboten herumzuschlagen.

Aus meiner Heimatstadt Burgdorf heraus haben sich einst die aufklärerischen Werte dank Johann Heinrich Pestalozzi, der allen Kindern Zugang zu Bildung ermöglichte, und die liberalen Ideen für

unser demokratisches und rechtsstaatliches Staatswesen dank den rechtsgelehrten Gebrüdern Schnell im Kanton Bern und in der ganzen Schweiz ausgebreitet und durchgesetzt. Diesen aufklärerischen Werten und liberalen Ideen fühle ich mich auch im 21. Jahrhundert verpflichtet.

Im Ständerat wird der Sitz von Werner Luginbühl frei. Das ist die grosse Chance für die FDP Kanton Bern, mit einer wirtschaftsliberalen, gesellschaftlich progressiven und umweltbewussten Stimme unseren liberalen Ständeratssitz zurückzuerobern. Das wird aber nur dann funktionieren, wenn wir alle Freisinnigen am gleichen Strick und in die gleiche Richtung ziehen!

Christa Markwalder
Nationalrätin, Ständeratskandidatin

FDP

Die Liberalen
Länggasse / Felsenau

Fokus Sicherheitspolitik
Referat und Diskussion mit dem ehemaligen
Chef des Nachrichtendienstes
Peter Regli

Mittwoch, 10. April, 19:00 Uhr
Casa d'Italia, Bühlstasse 57, 3012 Bern



Voll motiviert – unsere Kandidierenden nach der Nomination am 23. Januar in Biel.

Die Ziele der Berner FDP sind klar: Wir wollen unseren Wähleranteil erhöhen und einen dritten Sitz in der grossen Kammer erringen. Mit unserer Ständeratskandidatin Christa Markwalder wollen wir wieder eine liberale Frau ins «Stöckli» bringen.

Der Weg zum Ziel führt über eine FDP-Liste mit 24 starken Persönlichkeiten, 11 Frauen und 13 Männern, zwei Listen mit 48 starken Jungfreisinnigen, einer sichtbaren und bürgernahen Kampagne, Aktionen, viel Engagement und Herzblut. «Gemeinsam weiterkommen», lautet das Motto des FDP-Wahlkampfes.

Unser Land braucht exzellente Politikerinnen und Politiker – für sie wollen wir uns einsetzen. Gute Führung und klare Strukturen bündeln die Energie, sorgen für Sicherheit und gewährleisten

die Fokussierung auf unseren gemeinsamen Erfolg. Mit Innovation und naher integrierter Kommunikation wollen wir ganz nach dem Claim von «Gemeinsam weiterkommen» mit den Anspruchsgruppen die von der Parteileitung gesteckten Ziele erreichen.

In einem ersten Workshop mit den Wahlkampfleitenden aus den Regionen haben wir Bewährtes abgeholt und wichtige Grundlagen für die künftige Zusammenarbeit definiert. Die hervorragende Lageanalyse des Teams von Matthias Leitner, Stv. Generalsekretär FDP Schweiz, war eine grosse Hilfe dazu. Zu den Themen, die bearbeitet werden, gehören aktuell: Fundraising, Plakatierung auf privatem Grund, Inventar aus den Sektionen sowie geplante Aktionen.

Mein Wahlstab, bestehend aus neun langjährigen Parteimitgliedern, dem Parteipräsidenten Pierre-Yves Grivel und dem Geschäftsführer Stefan Nobs, befasst sich zurzeit mit der Finalisierung des «Wahlkampf-Fahrplans», der Social-Media-Strategie sowie dem Monitoring und einem Kandidierenden-Kick-off. Dieser findet Mitte März im Rahmen einer Teamentwicklung statt. Nebst der Tür-zu-Tür-Kampagne «Door2Door» mit einer App zur Datenerfassung entstehen die Feinkonzepte in kleinen Entwicklungsgruppen. Im nächsten «Freisinn» verraten wir Ihnen mehr – gespannt? Freuen Sie sich auf die nächste Ausgabe!

Sind Sie interessiert, an unserer Kampagne mitzuwirken? Melden Sie sich unter: info@fdp-be.ch.

Konrad E. Moser, Wahlkampfleiter
FDP.Die Liberalen Kanton Bern, Steffisburg

Konrad E. Moser, Wahlkampfleiter

Mit Erfahrung und Engagement ist Konrad E. Moser seit dem 1. Oktober 2018 als Wahlkampfleiter der FDP des Kantons Bern unterwegs. Dem 48-jährigen früheren Konfektionär, Ausbildungsleiter und heutigen Inhaber einer eigenen GmbH werden strategisches Denken, hohe Vernetzung und dass er die «PS rasch auf den Boden bringt» zugeschrieben. Politisch ist er als Sektionspräsident in Steffisburg, Mitglied des Grossen Gemeinderats und Delegierter bei der FDP Schweiz engagiert.

Moser hat mit seinem Modell und seinen Absichten die Parteibasis an der kantonalen DV vom Oktober 2018 überzeugt.

Unsere 24 Nationalratskandidierenden

- **Markwalder Christa**, Juristin, Nationalrätin (bisher), Burgdorf
- **Wasserfallen Christian**, Maschineningenieur FH, Nationalrat (bisher), Bern
- **Arn Daniel**, Unternehmer, Grossrat, Muri b. Bern
- **Bircher Laura**, Juristin, Mitglied Grosser Gemeinderat, Gümligen
- **Deckert Madeleine**, Kauffrau, Gemeindepräsidentin Evillard-Leubringen/Magglingen-Macolin, Evillard
- **Dütschler Peter**, pat. Ingenieur-Geometer ETH, Unternehmer, Grossrat, Hünibach
- **Esseiva Claudine**, Betriebsökonomin FH, Senior Consultant bei einer Kommunikationsagentur, Stadträtin, Bern
- **Evard Amélie**, Masterstudentin Rechtswissenschaften, Stadtratspräsidentin, Nidau
- **Fankhauser Karin**, MSc Business Administration, Abteilungsleiterin, Stadträtin, Burgdorf
- **Haas Adrian**, Dr. iur. Fürsprecher, Direktor, Grossrat, Bern
- **Haudenschild Peter**, Zimmermeister, Geschäftsführer, Niederbipp
- **Hess Sandra**, Kauffrau, Stadtpräsidentin, Grossrätin, Nidau
- **Kohler Hans-Peter**, Arzt, Prof. Dr. med., Gemeinderat Ressort Bildung und Soziales, Grossrat, Spiegel b. Bern
- **Kölliker Lenka**, Vizedirektorin Risk Management, Gemeinderätin, Vielbringen b. Worb
- **Lehmann-Gygax Marianna**, Hotelkauffrau, Gemeindepräsidentin, Wilderswil
- **Lüthi Jürg**, Malermeister, Unternehmer, Mühlethurnen
- **Meister Yvonne**, Fachspezialistin Controlling und Betrieb, Spiez
- **Richner Simone**, Rechtsanwältin, Bern
- **Rubin Nicolas**, Enseignant, entrepreneur, Tavannes
- **Schär Michael**, Holzbauingenieur FH, Stv. Geschäftsführer Familienunternehmen, Stadtrat, Langenthal
- **Schmidt Alexandre**, Master Public Administration MPA, Vice President Eignerbeziehungen bei RUAG, Bern
- **Siegenthaler Mathias**, MBA, Geschäftsführer, Wimmis
- **Sommer Peter**, dipl. Baumeister, Geschäftsführer, Grossrat, Wynigen
- **Zimmerli Christoph**, Dr. iur. LL.M Rechtsanwalt, Grossrat, Bern

Kantonale Volksabstimmungen

Ja zum Polizeigesetz am 10. Februar 2019

Sicherheit bildet die Grundlage für die hohe Lebensqualität im Kanton Bern und macht ihn als Wohnort und Wirtschaftsstandort attraktiv. Diesen Trumpf dürfen wir nicht aus der Hand geben.

Zu den wichtigsten polizeilichen Herausforderungen gehören heute neben der 24-Stunden-Gesellschaft unter anderem die Internetkriminalität sowie der Kampf gegen das organisierte Verbrechen (z. B. Menschenhandel, illegaler Waffen- und Drogenhandel) und terroristische Bedrohungen. Mit dem neuen Polizeigesetz kann die Kantonspolizei frühzeitig Gefahren nachgehen, um schwere Straftaten zu verhindern, zum Beispiel im Internet gezielt pädophile Personen überführen, die wegen ihrer sexuellen Neigung Kontakt zu Kindern suchen. Das neue Polizeigesetz verbessert aber auch deutlich die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Stal-

king und häuslicher Gewalt, was den Schutz von besonders verletzlichen Personen erhöht.

Die gute Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und den Gemeinden wird weiter optimiert: Die Administration wird gesenkt, was im Interesse aller liegt. Mit dem Polizeigesetz erhalten die Gemeinden zudem die Möglichkeit, den verantwortlichen Personen Kosten aufzuerlegen, wenn es bei Veranstaltungen zu Ausschreitungen kommt. Das neue Polizeigesetz beachtet dabei die Vorgaben des Bundesgerichts. Die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit wird daher nicht eingeschränkt.

Der Grosse Rat hat das neue Polizeigesetz mit 123 Ja zu 23 Nein überaus deutlich und über alle Parteigrenzen hinweg unterstützt. Die kantonale FDP-Delegiertenversammlung hat einstimmig(!) die Ja-Parole beschlossen. Sagen auch Sie Ja am 10. Februar 2019.



Philippe Müller
Regierungsrat, Polizei- und Militärdirektor

Kantonale Volksabstimmungen

Nein zum kantonalen Energiegesetz

Am 10. Februar 2019 stimmt der Kanton Bern über eine Teilrevision des Energiegesetzes ab. Die kantonale Delegiertenversammlung hat mit 86 zu 25 Stimmen die Nein-Parole beschlossen. Die Vorlage ist unnötig, kontraproduktiv, lässt die Mieten steigen, stellt die Hausbesitzer vor grosse Probleme und führt zu einer weiteren Rechtszersplitterung im Baubereich.

Der Kanton Bern verfügt schon heute schweizweit über die strengsten Energievorschriften – dies, weil das heute geltende Gesetz ziemlich neu ist und mit der Verordnungsrevision 2016 zahlreiche Verschärfungen stattgefunden haben. Sein eigentliches Hauptanliegen, durch eine Übernahme der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) ins kantonale Recht eine Harmonisierung zu bewirken, erreicht das Gesetz in keiner Weise. Im Gegenteil: Es findet ein unnötiger kantonaler Alleingang statt, indem die Mustervorschriften verschärfend abgeändert werden und den 347 Gemeinden noch die Möglichkeit eröffnet wird, eigene zusätzliche Verschärfungen zu beschliessen. Die Folge ist eine weitere Rechtszersplitterung im Baubereich mit Zusatzkosten für Unternehmen, Hauseigentümer und Mieter. Besonders negativ ins Gewicht fällt die neue Vorschrift, welche bestimmt, dass beim Ersatz einer Ölheizung in einem älteren Gebäude ein Gebäudeenergieausweis erstellt, eine Bewilligung eingeholt und womöglich die Gebäudehülle saniert werden muss. Neben hohen Kosten,

welche teilweise auf die Mieten abgewälzt würden, führte dies zu untragbaren Verzögerungen beim Heizungsersatz oder gar dazu, dass eine Sanierung möglichst lange hinausgeschoben wird. Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, der Parole der Delegiertenversammlung zu folgen und die Änderung des kantonalen Energiegesetzes abzulehnen.



Adrian Haas
Grossrat, Fraktionspräsident



Merci, Hannes

An der Delegiertenversammlung vom 23. Januar 2019 in Biel wurde alt Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann von der Kantonalpartei mit grosser Wertschätzung verabschiedet.

Der ehemalige Langenthaler Unternehmer gehörte während 11 Jahren dem Nationalrat und während 8 Jahren der Schweizer Landesregierung an. Nach der Laudatio von Nationalrätin Christa Markwalder, welche während 15 Jahren mit Bundesrat Schneider-Ammann zusammengearbeitet hat, bedankte sich Jean-Daniel Pasche, Präsident des Verbandes der schweizerischen Uhrenindustrie, im Namen der Wirtschaft bei Johann Schneider-Ammann für seinen unermüdlichen Einsatz für den Werkplatz und die Exportnation Schweiz. Umrahmt wurde die Verabschiedung durch die Jugendmusik Biel und das Regionale Leistungszentrum Rhythmische Sportgymnastik Biel und Region.

Angespanntes Klima im Wahljahr

Jungfreisinnige Kanton Bern

Während die Politik aktuell aus Fingerzeigen besteht, schmieden die Jungfreisinnigen Kanton Bern Pläne für die Zukunft. Ob das gut kommt? Klar, wenn man die richtigen Fragen stellt. Ein paar Gedanken zu den Wahlen 2019.

Spannend wird es, das Wahljahr 2019. Und intensiv. Dies suggeriert jedenfalls das angelaufene Tamtam in den sozialen Medien. Eine Klimawahl wird das 2019. Ja gar eine Schicksalswahl. Die Parteien mit «grün» im Namen tun gut daran, ein solches Narrativ aufzubauen – ist es doch die einzige Chance, sich nur annähernd von anderen Parteien abgrenzen zu können. Einen kommunikativen Schönheitsfehler hat diese Strategie jedoch: CO₂-Gesetz sei Dank. Wer Klimawahl sagt, muss auch FDP sagen. Genauer: «Schlimme FDP». Diese Gratiswerbung gilt es geschickt mit eigenen Botschaften anzureichern. Chancen dankbar nutzen anstatt rumzuheulen.

Das Beste am Ganzen: Rot-Grün (liberal) kann nicht mehr zurück. Sie waren es, welche schlussendlich den entscheidenden Ausschlag gegeben haben, das CO₂-Gesetz im Nationalrat abzuschiesen – aus strategischer Überlegung: Zurück auf Feld 1 und das Thema munter für die Wahl bewirtschaften. Immer mit der einen Hand mit hoch erhobenem Mahnfinger Richtung unmündigen Bürger weisend und mit der anderen Hand mit ausgestrecktem Zeigefinger auf die bösen Bürgerlichen.

Jon Baumann, 1991, wurde in einem klassischen Lehrerhaushalt politisiert. Er blieb jedoch nicht auf der Linie des Hauses. Sein Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität St. Gallen stärkte die politische Haltung – «Geschieht euch recht!» hiess es von Bekannten an die Adresse der Eltern. Politisch aktiv in den Vorständen der Jungliberalen in Langenthal und der Jungfreisinnigen Kanton Bern, bleibt er lieber im Hintergrund und versucht sich als Stratege. Während er munter die Masterarbeit vor sich her schiebt, arbeitet Jon Baumann beim Verlegerverband in Zürich im Bereich Public Affairs.

Ob diese Strategie aufgeht, wird sich an der Urne zeigen. Ich bin skeptisch.

Die Jungfreisinnigen Kanton Bern sitzen mitten in diesem Geplänkel. Während die jungen Grünliberalen und sonstigen Grün/Rot-Schattierungen munter Steine nach der FDP-Mutterpartei werfen, mussten diese sich gegenüber den Jungfreisinnigen mässigen. Es wäre ja nicht glaubhaft, die Verbündeten im Abstimmungskampf um das kantonale Energiegesetz als Klimaheuchler zu verunglimpfen. Ist die Abstimmung aber einmal vorbei, wird das Gekeife weitergehen. Man kann ja nicht mehr zurück. «Schlimme FDP.»

Nun, was tut der Jungfreisinn? Er macht unbeirrt weiter. Keinen Bock auf diese Fingerzeige-Spiele. Wir sind nicht mehr auf dem Schulhof in der grossen Pause, wir rufen nicht dem Lehrer zu: «Der war's!» Wir wollen etwas bewegen, ändern, was uns nicht passt, und zwar konstruktiv und nicht indem wir BHs verbrennen oder das Generalsekretariat anderer Parteien mit 0 (in Worten «null») medialer Resonanz zukleistern. Es gilt, den Reflex «Gleiches mit Gleichem» zu unterdrücken und sich dem Wesentlichen zu widmen. Dafür müssen wir uns die richtigen Fragen stellen:

Wieso kommen wir mit schwierigen Reformen nicht mehr weiter? Was müssen wir heute tun, damit unsere Heimat lebenswert bleibt? An welchen Hebeln müssen wir ziehen, damit auch in Zukunft alle eine Perspektive haben und ihr Leben selbst in die Hand nehmen können?

Reformen werden mit Blockadehaltungen von beiden Extremen bekämpft. Soll was «mehrheitsfähig» werden, verknüpft man einfach zwei Vorlagen miteinander. STAF lässt grüssen: Ein Gemischtwaren-Act, wie man es aus den USA schon lange kennt. US-Politik als Vorbild für die Schweiz. Ich bin hoffentlich nicht der Einzige, bei dem diese Vorstellung Gänsehaut auslöst. Wir brauchen echte Lösungen, wir brauchen Bewegung im System. Der Volkswille muss in einer direkten Demokratie klar

erkennbar sein. Dieser mutlose Pragmatismus – ja eigentlich Minimalismus – ist sinnbildlich für die wohlstandsträge Schweiz. Wir verwalten, sichern Besitzstände, verteilen um. Der Biss ist verloren, die Politik dümpelt träge vor sich hin. Das nervt uns Junge. Das frustriert. Zu unserem Wohle müssen wir die unangenehmen Fragen stellen: Ist das Milizsystem so noch tragbar? Brauchen wir neue



Jon Baumann

Partizipationsformen, um Konsens zu schaffen? Sind Parteien in der aktuellen Form noch zeitgemäss? Wie kommen wir zu Lösungen und Reformen? (Nein, daran ändert auch das «Durchbrechen der bürgerlichen Mehrheit im Parlament» nix – neue Spieler, gleiches Spiel.)

Wir dürfen, nein wir müssen, solche Fragen stellen. Wer sich vor solchen Gedanken verschliesst, handelt nicht im Sinne einer zukunftssträchtigen Schweiz. Doch genau diese Fragen sind nicht sexy im Wahlkampf. Sie hinterfragen das System, beissen die Hand, die einen füttert. Doch wer soll sich mit der Zukunft befassen, wenn nicht die Jungen. Im Rahmen des Wettbewerbs unter den (Jung)Parteien für ein paar Promille Wähleranteil mehr sexy Themen bewirtschaften und das populistische Freund-Feind-Schema bedienen, ist uns zuwider. Wir wollen echte Lösungen mit Rückhalt in der Bevölkerung. Lösungen, die dort greifen, wo sie auch nötig sind – lokal, national und global.

«Jaja, überhebliche Jungspunde ohne Lebenserfahrung. Die kommen noch auf die Welt», mag sich der eine oder andere nun denken. Das stimmt, Lebenserfahrung haben wir noch nicht so viel. Aber wisst ihr, was wir haben? Zwei volle eigenständige Listen und vier jungfreisinnige Vertreter auf der Mutterparteiliste. Aus jeder Region des Kantons Bern mit verschiedensten Hintergründen und Fähigkeiten. Alle topmotiviert, sich für einen mündigen Bürger mit der Freiheit zur Entfaltung in einer starken Heimat einzusetzen. Insgesamt 52 Kandidierende sind ein Novum in der Geschichte der Jungfreisinnigen. Diese Power werden wir voll ausschöpfen. Es wird spannend – und intensiv!

Jon Baumann
Vorstand Jungfreisinnige Kanton Bern



Das Wahlkampfjahr 2019 hat begonnen, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Ziel ist klar: Wir wollen die SP überholen. Die FDP setzt dafür 2019 auch auf den Door2Door-Wahlkampf. Wir bringen Ihnen das «Türchen» näher.

Gute Politik entsteht selten im stillen Kämmerlein, sondern indem wir den Fuss vor die eigene Tür setzen, zuhören und die Sorgen und Bedürfnisse aller Menschen aufnehmen. Diesen Gedanken setzt die FDP 2019 um und schlägt mit dem Door2Door-Wahlkampf neue Wege im Campaigning ein. Zwar haben Haustürbesuche beim Freisinn schon eine lange Tradition: Viele Kandidatinnen und Kandidaten klopfen seit Jahrzehnten erfolgreich an die Türen. Allerdings werden die beiden Massnahmen erstmals landesweit und in Kombination mit Datenanalyse eingesetzt. Zudem wollen wir nicht nur vereinzelt an die Türen gehen, sondern als Bewegung #teamFDP kollektiv den Dialog mit der Wählerschaft aufbauen.

Warum Door2Door?

Der Haustür-Wahlkampf ist mutig – Kandidatinnen und Unterstützer gehen an die Türen der Wählerinnen und Wähler und suchen den Dialog. Dass nicht alle an einem Gespräch interessiert sind, gehört dazu. Wir Kandidierenden können der Wählerschaft so aber zeigen, wie wichtig es uns ist, die

Menschen hinter diesen Türen zu verstehen und sich ihnen zu stellen. Wir FDP-Kandidierenden zeigen so unser Engagement und die gelebte Zusammengehörigkeit in der FDP. Damit die Öffentlichkeit das auch wahrnimmt, ist es wichtig, auf den sozialen (Hashtag #teamFDP) und in den klassischen Medien präsent zu sein.

Was erhofft sich die FDP davon?

Die Wählerinnen und Wähler sollen die FDP und ihre Kandidierenden persönlich kennen lernen können. Nach dem grossen Hype um Social-Media-Wahlkämpfe sind wir überzeugt, dass persönliche Nähe wieder mehr Wert hat. Und für uns Politikerinnen und Politiker ist es eine super Chance, ein direktes, ungefiltertes Feedback aus der Bevölkerung zu erhalten. Wie gut Tür-zu-Tür-Wahlkampf in der Schweiz funktioniert, wird sich erst noch zeigen. Im Ausland ist das Tür-zu-Tür-Campaigning aber vielerorts bereits ein bewährtes Instrument.

Wo wird Door2Door 2019 eingesetzt?

Im Vorfeld der nationalen Wahlen wird das Tür-zu-

Tür-Campaigning in Rahmen von Pilotversuchen bei kantonalen Wahlen in den Kantonen Zürich, Luzern und Basel-Landschaft sowie St.Gallen und Tessin getestet. Fallen die Erfahrungen vielversprechend aus, soll die Methode im Hinblick auf die nationalen Wahlen landesweit zum Einsatz kommen.



Impressionen von Door2Door-Workshops in Zürich...



und Luzern – das Team FDP ist schon hochmotiviert!

Wer kann mitmachen?

Alle Freiwilligen, die beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf mitmachen möchten, können sich über die Website <https://www.teamfdp.ch/> beim Generalsekretariat dafür anmelden. Dieses bietet Schulungen an, an denen man von Kampagnenexperten alles erfährt, was man als erfolgreicher Door2Door-Wahlkämpfer wissen muss – geübt werden etwa die Begegnung an der Tür und das Bedienen der dazugehörigen App. Informiert wird aber auch über den korrekten Umgang mit persönlichen Daten – ein urliberales Anliegen. Bei der Ortspartei wird dann das Kampagnenmaterial bezogen, und es werden die «Canvasser»-Teams gebildet, die dann gemeinsam losziehen und raus auf die Strasse gehen.



Werden Sie Teil des #teamFDP!
Scannen Sie den Code mit Ihrem QR-Code-Reader auf dem Handy und Sie gelangen zur Website.



CO₂-Gesetz: Lösung statt Empörung

Wie die CO₂-Debatte wirklich verlief

Was der Nationalrat beim CO₂-Gesetz wirklich beschlossen hat: eine pragmatische Analyse der beschlossenen Ziele und Massnahmen mit Ausblick auf die weiteren Beratungen im Ständerat.

Die emotionalen Reaktionen nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes im Nationalrat haben dazu geführt, dass der Blick auf das Wesentliche verloren ging. Nämlich, dass die vom Nationalrat beschlossenen Massnahmen im neuen CO₂-Gesetz klar wirkungsstärker gewesen wären als jene im aktuellen CO₂-Gesetz. Das beweist die pragmatische Analyse im folgenden Abschnitt. Der emotionale Streit über das fehlende, übergreifende Inlandziel ist völlig übertrieben und zeigt, dass die Linken im Wahlkampfmodus stecken: #Klimawahl. Klimanationalismus statt Gesamtsicht. Problembewirtschaftung statt Lösungsfindung – schade. Rot-Grün hat im Seitenwagen der SVP das CO₂-Gesetz versenkt und nicht die FDP. Das ist Fakt.

Beschluss des Nationalrates

Der FDP wurde im Nachgang der intensiven Debatte vorgeworfen, man habe das CO₂-Gesetz so stark

verwässert, dass die Ablehnung des Geschäftes mitverschuldet war. Dabei ging bewusst vergessen, dass die Gesetzesvorlage nach der Beratung im Nationalrat diverse Beschlüsse beinhaltet, die nicht in unserem Sinne ausgefallen sind. So wurde am Schluss z.B. gegen unseren Willen die CO₂-Abgabe fast verdoppelt. Trotzdem sind wir in der Gesamtabstimmung entgegengekommen und haben zugestimmt. Zur Übersicht wird in der blauen Box eine Auswahl von zehn Massnahmen aufgelistet, die nun aufgrund der Ablehnung nicht in Kraft treten.

Exkurs: Flugticketabgabe

Eine Flugticketabgabe bewirkt als nationale Insellösung nichts, wie internationale Beispiele zeigen: Die Flughäfen London Luton, London Gatwick, Wien, Frankfurt, München, Kopenhagen usw. steigerten den Flugverkehr in den letzten Jahren trotz Flugticketabgabe massiv. Oder es kam einfach zu

Verlagerungen zu kostengünstigeren Flughäfen. Klimapolitisch ist die Wirkung darum gleich null. Der Luftverkehr ist global anzugehen, was mit dem internationalen Klimainstrument CORSIA bereits aufgegleist ist. Ein koordiniertes Vorgehen ist besser als Hauruckübungen im CO₂-Gesetz.



Christian Wasserfallen

Wie weiter mit dem CO₂-Gesetz?

Es bleiben vor allem drei grosse Streitpunkte, die allesamt sachlich zu diskutieren sind: das Inland-/Auslandziel, die Höhe der CO₂-Abgabe und die Flugticketabgabe. Wir werden bei allen Themen konstruktiv mitarbeiten, damit das Pariser Klimaabkommen clever umgesetzt werden kann.

Christian Wasserfallen, Nationalrat BE

Durch unheilige Allianz versenkte Massnahmen

8 Inlandmassnahmen

Nr. 1: Weiterführung der tiefen CO₂-Grenzwerte nach 2020 für Neuwagen (Personenwagen: 95 g CO₂/km).

Nr. 2: Inlandziel für Gebäude (–50% bis 2030) und Ausbau der individuellen Zielvereinbarungen für Gebäudeeigentümer, wenn in die Reduktion des CO₂-Ausstosses investiert wird.

Nr. 3: Ausweitung der nachweislich funktionierenden Zielvereinbarungen auf alle Unternehmen, damit sie sich nach erfolgten Investitionen in den Klimaschutz von der CO₂-Abgabe befreien lassen können (vgl. Grafik).

Nr. 4: Erhöhung der CO₂-Abgabe von maximal 120 Franken/Tonne CO₂ auf 210 Franken/Tonne CO₂.

Nr. 5: Verlängerung des Gebäudesubventions-

programmes des Bundes bis 2030 mit 450 Mio. Franken pro Jahr.

Nr. 6: Erhöhung der Treibstoffkompensation im Inland (mind. 20% bis max. 90%).

Nr. 7: Maximale Treibstoffpreiserhöhung von 8 Rappen pro Liter für Kompensationsmassnahmen (statt 5 Rp. wie heute).

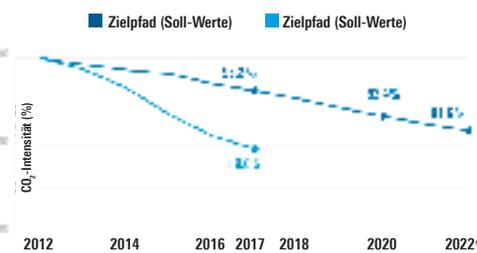
Nr. 8: CO₂-Verminderungsleistung von Wald oder anderen Lösungen werden berücksichtigt.

2 Auslandmassnahmen

Nr. 1: Koppelung mit dem Europäischen Emissionshandelssystem für Klimazertifikate inkl. Einbindung der Luftfahrt.

Nr. 2: Anrechenbarkeit von ausländischen CO₂-Reduktionen nach Regelwerk des Pariser Abkommens (internationale Bescheinigungen).

CO₂-Intensität der Unternehmen mit Zielvereinbarung* (in %)



*CO₂-Intensität: Die ausgestossene Menge CO₂ pro produzierte Energieeinheit
Quelle: Energie-Agentur der Wirtschaft

Die Unternehmen im Zielvereinbarungssystem übertreffen ihre Emissionsreduktionsziele auch in der aktuellen Verpflichtungsperiode deutlich und liegen bereits 2017 unter dem Zielwert von 2020. Gegenüber dem Stand von 1990 haben sie ihre CO₂-Emissionen um über 30 Prozent reduziert.



Klimapolitik 2.0 als Chance begreifen

Für Klimaschutz im In- und Ausland

Die UNO-Klimakonferenz von Katowice hat es gezeigt: Die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad über ein globales Regelwerk muss möglichst rasch in Angriff genommen werden. Offen bleibt in vielen Staaten, wie ehrgeizig sie den Weg zum Ziel gehen werden. Es liegt nun am Ständerat aufzuzeigen, wie die Schweiz diesen Weg chancenreich begehen kann.

Sollen die Treibhausgasemissionen der Schweiz im Inland um 40 Prozent gesenkt werden? Oder um 50? Um 60 Prozent? Oder braucht es gar kein minimales Inlandziel? Weil sich der Nationalrat in dieser und weiteren Fragen nicht einig wurde, hat er nach zehnstündiger Debatte die Teilrevision des CO₂-Gesetzes bachab geschickt. Dies hat in der Bevölkerung, bei Umweltverbänden und selbst im Parlament eine grosse Unzufriedenheit ausgelöst, um Kompromisse zu finden und neue Vorschläge zu erarbeiten.

Die Schweiz soll Verantwortung übernehmen

Gerne weisen wir Schweizer darauf hin, dass unser Land zu den zwanzig grössten Wirtschaftsnationen der Welt gehört und dass wir bezüglich Direktinvestitionen sogar zu den Top 5 gehören. Weniger

gerne sagen wir aber, dass unser Land der weltweit sechstgrösste Verursacher von Treibhausgasen wäre, würden die in der Schweiz verwalteten Finanzflüsse mit CO₂-Emissionen verknüpft und uns angelastet. Es ist offensichtlich: Die Schweiz ist in der Pflicht, und zwar im Inland wie im Ausland. Eine auf «Win-Win» fokussierte Klimapolitik sollte deshalb vor allem zwei Aufgaben erfüllen: Sie soll Massnahmen umsetzen, die sich schon mit

heutigen Technologien lohnen. Und sie soll durch Forschung und Entwicklung Massnahmen fördern, damit diese auch unter Einrechnung der Klimafolgekosten wirtschaftlich werden und weltweite Anwendung finden. Der Bundesratsvorschlag für das CO₂-Gesetz konzentriert sich auf Inlandemissionen plus Auslandkompensation. Weitere Hebel werden nicht genutzt. Solche ins Gesetz aufzunehmen, scheint angesichts der heutigen Ausgangslage nicht unmöglich.

Neue Vorschläge sind nötig

Für uns Liberale ist klar: Eine simple Fortschreibung der heutigen Klimapolitik greift zu kurz. Sie lässt auch die neuen Erkenntnisse der Klimawissenschaften völlig ausser Acht. Zudem orientiert sich eine solche Politik viel zu wenig an den Chancen, die wir als Innovationsnation wahrnehmen sollten.

Deshalb sollten sieben weitere Möglichkeiten näher geprüft werden. Dazu gehören die Flugticketabgaben, Anrechenbarkeit der CO₂-Reduktionen in der ausländischen Wertschöpfungskette von Schweizer Unternehmen, Instrumente zur Reduktion von Risiken inländischer und weltweiter Klimaschutz-Investitionen, die Transparenz und Reporting von Klimarisiken und -wirkung im Bereich institutioneller Anleger und Unternehmen, sowie die Berücksichtigung von Klimarisiken bei der Festlegung von Eigenmittelquoten im Finanzsektor. Zudem soll der Innovationswettbewerb angekurbelt und eine verursachergerechte Finanzierung der ohnehin zu leistenden internationalen Klimafinanzierung geprüft werden.

Klimaschutz im In- und Ausland

Klar ist: Wenn Auslandszertifikate nicht garantiert echten Emissionsreduktionen entsprechen, soll sich die Schweiz diese auch nicht anrechnen. Gleichzeitig soll die Schweiz bilaterale Verträge abschliessen, damit keine Doppelanrechnungen möglich sind. Als Hochtechnologieland mit vielfältigen Handelsbeziehungen und einem erstklassigen Finanzplatz besitzen wir wichtige Hebel, um auch im Ausland massgeblich zum Klimaschutz beizutragen. Anhand dieser Chancen und diverser Massnahmen zeigt sich eindeutig: Die Schweiz muss Klimaschutz sowohl im In- wie auch im Ausland betreiben!

Damian Müller, Ständerat LU

«Die Schweiz besitzt wichtige Hebel, um auch im Ausland massgeblich zum Klimaschutz beizutragen.»

Elektromobilität

Libérale Rezepte zur Förderung der Elektromobilität

Die Mobilität befindet sich im Wandel. Vernetzung und Digitalisierung schreiten voran, neue Mobilitätskonzepte und Akteure drängen in den Markt, und so verschärfen sich die Zielvorgaben zur Emissionsreduktion im Verkehr. Als zentrales Element dieser Veränderungen gilt der elektrische Antrieb. Dessen Förderung sollte mittels liberaler Rezepte erfolgen.

Obschon sich vieles ändern wird: Das Auto bleibt auch in Zukunft der wichtigste Verkehrsträger. Künftig wird der Antrieb aber vermehrt elektrisch sein – Autoschweiz erwartet einen Anteil von 10 Prozent im Jahr 2020. Dieses Ziel ist ambitioniert. Die massiven Investitionen in die Entwicklung und die Herstellung von Elektroautos zeigen aber deutlich die Richtung. Die Elektromobilität wird eine wichtige Ergänzung des motorisierten Individualverkehrs. Dem wichtigsten Verkehrsträger gebühren angemessene Rahmenbedingungen: ein bedarfsgerechtes Strassennetz, bestmögliche Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern und eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Hierbei können wir auf einheimisches Schaffen und Schweizer Produkte setzen. Die aargauische ABB ist Weltmarktführer im Schnellladebereich, diverse lokale und überregionale Energieversorger und der TCS bieten Ladedienstleistungen an.

Entbürokratisierung fördert die Elektromobilität

Weder Subventionen noch Sonderrechte sind nötig, um die Elektromobilität zu fördern. Nötig sind ein unbürokratischer und hindernisfreier Aufbau der Ladeinfrastruktur, die Klärung der Regulierungskompetenzen für neue Angebote sowie eine erleichterte Einführung von neuen Mobilitätskonzepten. Auch im Langsamverkehr findet eine Elektrifizierung statt. Heute ist die Benutzung der meisten fahrzeugähnlichen Geräte auf öffentlichem Grund verboten. Das ist ein Beispiel für realitätsfremde Regulierung.

Klimaziele im Verkehr

Die Emissionsvorgaben an die Autobranche sind sehr sportlich. Die Flottenziele in Sachen CO₂-Ausstoss für das nächste Jahrzehnt sind ohne eine markante Zunahme an Steckerfahrzeugen nicht zu

erreichen. Die Umweltbilanz wird mit dem elektrischen Antrieb noch einmal verbessert. Durch den weltweiten Zubau an erneuerbaren Energiequellen wandelt sich das Auto vom Saulus zum Paulus. Die



Thierry Burkart

Mobilität auf vier Rädern wird auch ohne Nutzungseinschränkungen die Klimaziele des Bundes erreichen. Dafür braucht es aber keine sozialistischen Rezepte, sondern liberale.

Thierry Burkart, Nationalrat AG, Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

Wie die Schweiz mit Exporttechnologie ihre ehrgeizigen Klimaziele erreicht

Innovative Schweizer Lösungen zur Emissionsreduktion

In der Schweiz nehmen die Treibhausgasemissionen seit 1990 stetig ab. In den asiatischen Schwellenländern, mit ihrem Hunger nach Infrastruktur, Industrie und Arbeitsplätzen, wachsen sie dagegen am stärksten. Unbestrittenermassen befindet sich das grösste Potenzial für die Einsparung von Treibhausgasen ausserhalb der Schweiz.

Das 2015 beschlossene Pariser Übereinkommen hält gerade für Länder wie die Schweiz eine liberale Lösung für den grenzüberschreitenden Klimaschutz bereit. So können die inländischen Einsparungen um ein Vielfaches übertroffen werden.

Und so funktioniert es: Unternehmen liefern Engineering und Ausrüstung beispielsweise für die Totalerneuerung eines bestehenden thermischen Kraftwerks in einem Schwellenland. Mit bis zu 50 Prozent höherer Effizienz werden Einsparungen von Millionen Tonnen CO₂ pro Anlage erreicht. Allerdings fallen dabei erhebliche Mehrkosten an. Gemäss Pariser Übereinkommen wird dem Expor-

teur bzw. dem Exportland ein Teil der eingesparten Emissionen in Form von handelbaren Zertifikaten gutgeschrieben. Durch deren Verkauf werden die Mehrkosten gedeckt und die Realisierung ermöglicht – für Klimaschutz, Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung ein idealer Weg.

Export von Effizienztechnologien fördern

Was muss die Politik dazu beitragen? Im Zuge der Revision des CO₂-Gesetzes soll der Export von Effizienztechnologien als prioritäre Massnahme verankert werden. Der Bund soll, gestützt auf das Pariser Übereinkommen, die Anerkennung und An-

rechnung solcher Exporte vorantreiben. Schliesslich soll der Bundesrat mit geeigneten Partnerländern Kooperationsvereinbarungen abschliessen und Investitionssicherheit für diese Exporte schaffen.



Urs J. Näf

Urs J. Näf, FDP Kanton Bern, Mitglied der Fachkommission Umwelt

Gebäudepark Schweiz

Libérale Instrumente für ökologische Sanierung des Gebäudeparks

Um die CO₂-Belastung zu senken, müssen die Gebäude in der Schweiz ökologisch saniert werden. Dazu stehen heute zwar gute Anreizinstrumente zur Verfügung, doch künftig sollen vermehrt marktwirtschaftliche Modelle in den Fokus rücken.

Der Gebäudepark Schweiz verantwortet einen Anteil von rund 30 Prozent der CO₂-Gesamtbelastung. In Zahlen bedeutet dies ca. 13 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente. Gemäss Vorgabe des Bundesrats sollte der Emissionswert von 1990 bis ins Jahr 2030 halbiert werden. Machbar, weil bei Neubauprojekten kaum noch Ölheizungen verbaut werden und sie besser isoliert sind. Entsprechend sind sie bezüglich CO₂-Belastung unproblematisch. Die grosse Herausforderung ist der bestehende, veraltete Gebäudepark.

Lösungen sind vorhanden

Die heutigen gesetzlichen Vorgaben und die Innovationsdynamik im Markt sind eine gute Basis zur Meisterung dieser Herausforderung. Heizungen werden spätestens alle 25 Jahre ersetzt. Dank der

technologischen Entwicklung sind effiziente Produkte mit grossem Anteil an erneuerbarer Energie auf dem Markt. Ich unterstütze zudem die Umsetzung der Musterenergie-Verordnung der Kantone (MuKE), wonach bei einem Ersatz von fossilen Heizungen künftig ein Anteil von 10 Prozent mit erneuerbarer Energie vorhanden sein soll.

Marktwirtschaftliche Modelle

Für die Sanierung der Gebäudehülle stehen heute die Subventionen des Gebäudeprogramms zur Verfügung. Ein gutes Anschubinstrument, das aber langfristig durch marktwirtschaftliche Modelle wie Zielvereinbarungssysteme ersetzt werden soll. Denkbar ist, dass Hauseigentümer oder Quartiere diese Absenkverpflichtung als Zertifikat verkaufen könnten oder von der CO₂-Abgabe befreit werden.

Zudem hat sich die FDP bei der Energiestrategie 2050 erfolgreich für die Einführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von ökologischen Investitio-



Peter Schilliger

nen und der Rückbaukosten eingesetzt. Mit letzterem steigt der Anreiz einer Gesamterneuerung von bestehenden Gebäuden. Dies wäre ökologisch am sinnvollsten, weil so die bestehende Infrastruktur am besten genutzt wird.

Peter Schilliger, Nationalrat LU

Kreislaufwirtschaft

Kreislaufwirtschaft: der Königsweg zur Nachhaltigkeit

Wirkliche Nachhaltigkeit wird nicht durch Konsumverzicht und Beschränkungen der Ressourcennutzung erreicht. Es braucht dazu tatsächlich nur zwei Dinge: genug (erneuerbare) Energie und geschlossene Stoffkreisläufe. Neue Schweizer Ansätze in der Kreislaufwirtschaft verdienen deshalb Unterstützung.

Es gilt heute als modisch, unser Leben mit «ökologischen Fussabdrücken» auszumessen. Resultat: Wir leben auf viel zu grossem Fusse, d. h. wir verbrauchen mehr Energie und Ressourcen, als der Planet auf Dauer liefern kann. Schlussfolgerung ist dann meistens, dass wir weniger konsumieren, nicht mehr fliegen, vegetarisch leben etc. sollten. Diese Folgerung ist kurzsichtig, denn sie geht davon aus, dass wir Stoffe nur einmal brauchen und dann irgendwo als «Abfälle» ablagern. Anstatt den Konsum einzuschränken, was Rezessionen und Wohlstandseinbussen auslöst, sollten wir schlicht die Stoffkreisläufe schliessen, d. h. aus «Abfällen» wieder nutzbare Ressourcen machen.

Vergleichen Sie einen sibirischen Tundra-Wald mit einem brasilianischen Regenwald. Beide sind nachhaltig (wenn man sie nicht abholzt!). Der Regenwald verbraucht ein Hundertfaches an Energie

und Stoffen. Er ist dennoch nachhaltig, weil seine Stoffkreisläufe geschlossen sind, und weil er genug Sonnenenergie erhält, um seine Biomasse zu produzieren und umzusetzen.

Bahnbrechende Technologien

Nun tönt das Gebot «Stoffkreisläufe schliessen» freilich wie «I have a dream», eine Utopie. Und doch bietet die Technologie laufend neue Ansätze dazu. Rein technisch ist es heute schon möglich, jegliche Abfälle in einem Plasmaofen zu ionisieren, nach Atomen zu sortieren und dann daraus die reinen Elemente zurückzugewinnen. Wirtschaft-

lich ist das natürlich noch lange nicht. Aber es ist heute bereits wirtschaftlich, Gold und weitere Wertstoffe aus Kehrtrichtschlacke zurückzugewinnen! Es ist an der Grenze der Wirtschaftlichkeit, Phosphor aus den Klärschlämmen von Abwasserreinigungsanlagen zurückzugewinnen. Die Schweiz könnte so in der Versorgung mit diesem (lebenswichtigen) Element autark werden. Dasselbe gilt für Zink, welches aus den Filterstäuben von thermischen Prozessen in reiner Form zurückgewonnen werden kann.

Solche Projekte sind zukunftsweisend und verdienen die Unterstützung der Politik. Sie zeichnen den Königsweg zu einer nachhaltigen Wirtschaft vor – ohne freiheitsbeschränkende und wirtschaftsschädigende Eingriffe.

Dr. Jürg Liechti

FDP SO, Mitglied der Fachkommission Umwelt

«Anstatt den Konsum einzuschränken, sollten wir schlicht die Stoffkreisläufe schliessen.»

Fokus Klima und Umwelt

Viele Versicherer und andere Grossunternehmer fördern bereits heute sehr aktiv den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien.



Klimapolitik und die Versicherungswirtschaft

Nachhaltigkeit in Grossunternehmen

Der Klimawandel gehört zu den grössten Herausforderungen unserer Zeit. Die Versicherungswirtschaft ist davon stark betroffen. Es braucht deshalb entschlossenes Handeln in Wirtschaft und Politik.

Die Versicherungswirtschaft hat den Klimawandel bereits vor dreissig Jahren als Risiko erkannt. Für die Schweiz bedeutet Klimawandel mehr Hitzetage, trockene Sommer, heftige Niederschläge und schneearme Winter. Das hat nicht nur massive Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft; zunehmende Naturrisiken führen auch zu höheren Versicherungsschäden.

Weitreichende Klimapolitik

Eine weitreichende Klimapolitik zur Reduktion der CO₂-Emissionen bis hin zur Dekarbonisierung ist unumgänglich. Die Versicherungswirtschaft befürwortet deshalb die Verpflichtung des Pariser Klimaabkommens, die CO₂-Emissionen bis 2030 gegen-

über 1990 um 50 Prozent zu reduzieren, ebenso wie ein 85-Prozent-Reduktionsziel (bzw. Netto-Null-Emissionen) bis 2050.

Was tun die Versicherungen?

Zahlreiche Versicherer verzichten heute bereits auf Geschäfte, die zu grossen Umweltschäden führen, oder erlauben diese nur unter strengen Qualitätskriterien. Ein aktuelles Beispiel ist die Versicherung von Kohlerisiken. Versicherer wie Allianz, Generali, Swiss Re oder Munich Re haben diese stark eingeschränkt und fördern so auch den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien.

Auch bei nachhaltigen Kapitalanlagen nehmen Versicherer eine führende Rolle ein. Swiss Re bei-

spielsweise bezieht Umwelt-, Sozial- und Governance-Benchmarks systematisch in ihre Anlageentscheidungen ein. Damit unterstützen Kapitalanleger eine nachhaltige Unternehmenspolitik, mindern Risiken im Portefeuille und sichern sich langfristig höhere risikobereinigte Renditen. Nachhaltigkeit wird damit zum Kern erfolgreicher Unternehmensführung.

Ambitionierte Ziele setzen

Unterstützend brauchen die Unternehmen aber auch die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Viele Länder haben sich ambitionierte und verbindliche Emissionsziele gesetzt. Deshalb unterstützt auch der Versicherungsverband ein Inlandziel für die Schweiz – in Ergänzung zu Reduktionen im Ausland.

Ein solches Ziel unterstreicht die Glaubwürdigkeit der eingegangenen Verpflichtung und erleichtert die Planbarkeit – zumal die Ausgestaltung des Emissionshandels nach der letzten Klimakonferenz unklar bleibt. Ausserdem werden die Preise für Zertifikate künftig steigen, denn die Länder, in denen sich bisher Emissionsreduktionen «einkaufen» liessen, müssen diese vermehrt selber nutzen.

Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen

Für die Schweiz und ihre Unternehmen bietet die Dekarbonisierung deshalb Chancen: kostengünstige Reduktionspotenziale in den Bereichen Gebäude und Verkehr realisieren, die Transformation des Energiesystems vorantreiben, unternehmerische Innovationskraft stärken und inländische Wert-



Beat Habegger

schöpfung schaffen. Mittels einer weitreichenden Politik lässt sich der Klimawandel damit letztlich – neben allen zu bewältigenden Risiken – als positive Kraft zur Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nutzen.

Beat Habegger, Kantonsrat ZH

Liberal und weltoffen

Die 5. Schweiz im Wahljahr

Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer werden die Wahlen im Herbst 2019 nicht alleine entscheiden. Aber sie können in vielen Kantonen das Zünglein an der Waage spielen. Wer sind sie? Wie ticken sie politisch und warum sind sie für die FDP eine lohnende Zielgruppe?

761 930 – so viele Schweizerinnen und Schweizer leben laut offiziellen Zahlen im Ausland. Damit wäre die 5. Schweiz der drittbevölkerungsreichste Kanton nach Zürich und Bern. Geografisch verteilt sich die 5. Schweiz zwar über den ganzen Erdball, aber mit über 60 Prozent entfällt der grösste Anteil auf Europa, insbesondere die Nachbarländer. De-

«Bisher punktete vor allem die SP in der 5. Schweiz – das muss nicht sein!»

mografisch wiederum sind die Menschen im Schnitt jünger und zählen mehr Frauen als die Bevölkerung zu Hause. Nicht zu unterschätzen ist der grosse Anteil sogenannter Expats: Leute, die einen Abschnitt ihres Lebens im Ausland verbringen, sei dies fürs Studium, weil sie für die Schweizer Ex-

portindustrie irgendwo auf der Welt tätig sind, oder weil sich ganz einfach die Liebe nicht an die Landesgrenze gehalten hat.

Die politischen Rechte

Ihre politischen Rechte üben die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer im letzten Wohnkanton aus. Bei den Nationalratswahlen verfügen sie in allen Kantonen über das aktive und das passive Wahlrecht, bei den Ständeratswahlen in den meisten Kantonen. Ihre Stimmbeteiligung liegt im Schnitt allerdings tiefer. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ab der zweiten Generation fällt sie aus naheliegenden Gründen, denn die politische Realität der Schweiz entfernt sich, während sich die Integration im neuen Land vollzieht – eine Entwicklung, die wir auch bei Secondos in der Schweiz feststellen und die ja durchaus zu begrüssen ist. Wichtig sind aber auch Hindernisse im Abstimmungsprozess. Oft kommen die Unterlagen einfach nicht rechtzeitig oder gar nicht an. E-Voting bleibt daher auch ein zentrales Anliegen dieser Wählergruppe, welche hier eine direkte Betroffenheit spürt. So ist denn die Beteiligung in jenen Kanto-



Roger Kölbener

nen, welche ihren Auslandschweizern diese Möglichkeit anbieten, auch nachweisbar grösser.

Liberal und weltoffen

Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer stimmen im Vergleich sowohl in gesellschaftlichen wie auch in wirtschaftspolitischen Fragen liberaler und weltoffener ab als die Zuhausegebliebenen. Ihr Smartspider verrät ein politisches Profil, für welches die FDP das richtige Angebot bereithält. Trotzdem konnte die SP in der Vergangenheit bei nationalen Wahlen überdurchschnittlich punkten bei den Stimmen der 5. Schweiz, sie ist dort gar die stärkste Partei. Das muss nicht sein!

«Liberal und weltoffen – das politische Profil der 5. Schweiz passt perfekt zur FDP.»

Als wichtigstes politisches Thema nennen ganze 47 Prozent der Auslandschweizer die Europapolitik (im Inland sind es die Gesundheitskosten). Auch das ist eine grosse Chance für die FDP, denn mit einer konstruktiven und fortschrittlichen Europapolitik, die einsteht für die Zukunft des bilateralen Weges, kann sie sich gerade auch bei den Auslandschweizern profilieren. Nicht zuletzt deshalb, weil die SP in dieser Frage ein Trauerspiel abliefern und sich unter dem Diktat der Gewerkschaften lieber zur SVP in den Schützengraben legt, als die Werte und Interessen der Schweiz zu verteidigen.



Anteil der im Ausland lebenden Schweizer nach Erdteil. ASO



Das politische Profil der Auslandschweizer. NZZ-Infografik



Herausragendes Jahr für FDP Service Public

Rückblick und Ausblick

Spannende Referate, hochkarätige Gäste, Besucherrekorde bei unseren Anlässen, ein neuer Vorstand sowie ein vielversprechender Ausblick aufs neue Jahr – bei der FDP Service Public ist etwas los.

Das Jahr 2018 zeichnete sich insbesondere durch zahlreiche hochkarätige Anlässe aus. Die Highlights waren dabei besonders der spannende Vortrag von Staatssekretärin Pascale Baeriswyl sowie der grossartige Auftritt des neuen FDP-Bundesrates, Ignazio Cassis. Staatssekretärin Baeriswyl führte uns in die spannende Welt der Diplomatie ein, und Bundesrat Cassis berichtete uns auf eine sehr persönliche und sympathische Weise von seinen ersten Monaten im Amt. So konnte er uns zahlreiche Themen aus einer Perspektive beleuchten, die vielen von uns vorher unbekannt war.

Reges Interesse

Beide Anlässe waren ausserordentlich gut besucht. Bei Frau Baeriswyl waren über 50 Gäste anwesend, bei Bundesrat Cassis sogar mehr als 70 – es handelt sich somit um zwei der erfolgreichsten Ereignisse in der Geschichte unserer Vereinigung – Rekord!

Peter Fischer, Delegierter für die Informatiksteuerung des Bundes, war ein weiterer brillanter

Gast, der uns die Besonderheiten der Digitalisierung im Bereich der öffentlichen Verwaltung näherbrachte – auch dieser Anlass fand reges Interesse. Schliesslich konnten wir mit Martin Naville, Präsident der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, einen ganz besonders interessanten Referenten gewinnen, der uns die aktuellen Veränderungen in der US-Handelspolitik erläuterte und uns zudem sehr tiefe Einblicke in die US-Politik und das politische System der USA ermöglichte.

Aus dem Vorstand

Das Vereinsjahr 2018 stand unter dem Zeichen der Konsolidierung, was mit dem Rücktritt unseres Präsidenten Beat Schlatter im März nicht ganz einfach war. Trotz dieses einschneidenden Ereignisses konnten wir verschiedene Veränderungen schnell vorantreiben. Dies hat beispielsweise zu neuen Mitgliedern im Vorstand geführt – wir sind froh, mit Jasmina Felicijan (FDP Zollikon) und Thomas Herzog (FDP Bezirk Rheinfelden) zwei weitere en-

gagierte Vorstandsmitglieder gefunden zu haben. Unser herzlicher Dank geht an Beat Schlatter, der unsere Vereinigung in den vergangenen 12 Jahren stets mit viel Herzblut geführt hat. Es ist auch seinem persönlichen Engagement zu verdanken, dass unsere Vereinigung nun breiter bekannt ist und eine solide Mitgliederbasis hat. Wir sind erfreut, dass uns Beat als Mitglied und Delegierter erhalten bleibt!

Ausblick 2019

Das neue Vereinsjahr beginnt traditionellerweise mit dem Fraktionsapéro, für welchen wir dieses Mal Professor Karl-Heinz Paqué, Mitglied des FDP-Bundesvorstands Deutschland, gewinnen konnten – eine interessante Diskussion ist also gewiss! Weiter werden wir Markus Seiler, Generalsekretär des EDA, sowie Petra Gössi bei uns zu Referat, Diskussion und Apéro begrüssen – weitere spannende Anlässe und interessante Aktivitäten sind aktuell in Planung.

In diesem Jahr möchten wir unsere Vereinigung noch breiter bekannt machen, insbesondere auch den Umstand, dass eine Mitgliedschaft bei der FDP Service Public der Mitgliedschaft bei z.B. einer Ortspartei nicht entgegensteht – es handelt sich vielmehr um eine sinnvolle Ergänzung, die eine stärkere Vernetzung ermöglicht. Freisinnig eingestellte Personen mit einer aktuellen oder früheren



Daniel Seiler

Anstellung bei Bund, Kanton, Gemeinde oder staatsnahe Betrieb sind uns stets willkommen, wir freuen uns über neue Gesichter an unseren Anlässen, auf ein starkes Netzwerk und einen inspirierenden Meinungsaustausch – die aktuellen Aktivitäten und Kontakte sind auf unserer Website zu finden.

www.fdp-servicepublic.ch

Daniel Seiler
Präsident FDP.Die Liberalen Service Public



Nach der Medienkonferenz treffen sich alle drei FDP-Bundesräte und gehen gemeinsam zum Public Viewing, um mit der Bevölkerung anzustossen. An drei FDP-Bundesräte könnte man sich durchaus gewöhnen! (5. Dezember 2018, vor dem Medienzentrum des Bundes, Bern)

Rückblick auf die Bundesratswahlen 2018

Eine historische Wahl

Mit Karin Keller-Sutter sitzt erstmals seit 30 Jahren wieder eine freisinnige Frau im Bundesrat. Sie ist eine würdige Nachfolge von Bundesrat Johann Schneider-Ammann und ein starkes Zeichen für die Frauen und für die Ostschweiz. Mit Stolz zeigen wir Ihnen einige der schönsten Momente der letzten Monate von alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Ständerat Hans Wicki und Regierungsrat Christian Amsler und danken allen für ihr grosses Engagement für die FDP und die Schweiz.

Fortsetzung auf Seite 16



Am Morgen, an dem im Nationalrat sein Rücktrittsschreiben verlesen wird, sitzt Bundesrat Schneider-Ammann im Ständerat. Dieser wird von Karin Keller-Sutter präsidiert – und sie nimmt die Gelegenheit sogleich wahr, um ihn zu würdigen. (25. September 2018, Ständeratssaal, Bundeshaus)



Ein gut gelaunter Bundesrat Johann Schneider-Ammann scherzt mit Petra Gössi. Wenige Minuten später fängt die Delegiertenversammlung an. (29. September 2018, Delegiertenversammlung in Pratteln BL)

Rückschau Bundesratswahlen



Johann Schneider-Ammann beantwortet die Fragen der Journalisten zu seinem Rücktritt. Er überzeugt mit Schlagfertigkeit und Witz. Sein Spruch «Es geht mir gut – ich bin wach» ist mittlerweile legendär. (25. September 2018, Medienzentrum des Bundes, Bern)



FDP-Präsidentin Petra Gössi übt ihre Rede in der Küche des Kongresszentrums. Bundesrat Schneider-Ammann hat wenige Tage zuvor seinen Rücktritt bekannt gegeben. Sie wird ihm für seinen enormen Leistungsausweis danken, und die Delegierten werden es mit mehreren stehenden Ovationen belohnen. (29. September 2018, Delegiertenversammlung in Pratteln BL)



Bundesrat Johann Schneider-Ammann lauscht gespannt den zahlreichen Dankesbotschaften, welche die Mitglieder der FDP-Liberalen Fraktion auf Video aufgenommen haben. (29. September 2018, Delegiertenversammlung in Pratteln BL)



Die Kandidatin Karin Keller-Sutter nimmt den Zug nach Winterthur an eine der drei Roadshows der FDP. Dabei wird sie von einem Team vom Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) begleitet. (12. November 2018, Intercity zwischen Bern und Winterthur)



Die drei Kandidaten warten auf ihren Auftritt an der Roadshow: Schaffhauser Regierungsrat Christian Amsler, Ständerätin Karin Keller-Sutter und Ständerat Hans Wicki (von links). (12. November 2018, Roadshow in Winterthur)



Nicht nur die Medien mögen Karin Keller-Sutter, sondern auch zahlreiche Fans wollen ein Selfie mit ihr. (12. November 2018, Roadshow in Winterthur)



Die drei Kandidaten sind zwar Konkurrenten und schenken sich nichts. Aber sie verstehen sich sehr gut und die Atmosphäre ist immer angenehm. (14. November 2018, vor der Roadshow in Yverdon)



Ständerat Hans Wicki stellt sich den Fragen der Journalisten, nachdem die FDP-Liberale Fraktion ihn und Karin Keller-Sutter für das Ticket nominiert hat. Das Medieninteresse kennt keine Grenzen. (16. November 2018, Bundeshaus)



FDP-Präsidentin Petra Gössi gratuliert Karin Keller-Sutter zu ihrer Nomination durch die FDP-Liberale Fraktion. Vor dem Sitzungszimmer warten die Medien auf ein Statement. (16. November 2018, Bundeshaus)



Volle Konzentration: Karin Keller-Sutter in den Minuten vor dem Hearing bei der SP. Sie weiss, von diesen Gesprächen hängt vieles ab. (4. Dezember 2018, Fraktionsbüro FDP.Die Liberalen, Bundeshaus)



Die strahlende Bundesrätin: Kurz nach der Wahl kommt Karin Keller-Sutter über die Treppe hinab in die Kuppelhalle. Draussen auf dem Bundesplatz wird sie bereits von vielen begeisterten Menschen erwartet. (5. Dezember 2018, Bundeshaus, Bern)



Ihr Mann Morten und die FDP des Kantons St. Gallen gehören im Bundeshaus zu den allerersten Gratulanten. Die Freude ist riesig. (5. Dezember 2018, Bundeshaus, Bern)



Auf dem Bundesplatz wird unsere neue Bundesrätin von zahlreichen Menschen freudig begrüsst. Sie trifft unter anderem ihre ehemalige Lehrerin. (5. Dezember 2018, Bundesplatz, Bern)



Karin Keller-Sutter nutzt eine der seltenen Verschnaufpausen und schaut sich ihre vielen Gratulationsbotschaften an. Wenige Minuten später geht es weiter in den «Rundschau Talk» im Fernsehen SRF. (5. Dezember 2018, Medienzentrum des Bundes, Bern)

Die Delegierten dankten Johann Schneider-Ammann spontan mit mehreren stehenden Ovationen.



Auf Wiedersehen Johann Schneider-Ammann

Herzlich willkommen, Karin Keller-Sutter

Mehr Bilder
auf
www.fdp.ch

Rund 350 Delegierte haben am 12. Januar 2019 ihren alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann würdig verabschiedet und die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter herzlich willkommen geheissen. Neben diesem festlichen Teil fassten die Delegierten die Parolen für drei Abstimmungsvorlagen.

Sutter, herzlich empfangen. Sie verfügt über einen beispiellosen politischen Leistungsausweis von fast 30 Jahren im Dienste der Schweizerinnen und Schweizer. Als Gemeinderätin, Kantonsrätin, Regierungsrätin und noch vor kurzem als Ständeratspräsidentin hat sie ihr Können bewiesen. Auch in

An der ersten Delegiertenversammlung 2019 haben die Delegierten in Biel ihrem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann für sein enormes Engagement im Dienst unseres Landes und unserer Partei gedankt und ihn würdevoll verabschiedet. Der Elektroingenieur und ehemalige Unternehmer konnte trotz Wirtschaftskrise die Erwerbsquoten hochhalten. Er hat den weltweiten Spitzenplatz als Innovationsstandort ausgebaut, zahlreiche Freihandelsabkommen ausgehandelt und die Schweiz ins digitale Zeitalter geführt. «Es war mir eine Ehre, mich für dieses Land, für unser Petit Paradis, zu engagieren», so der alt Bundesrat in seiner Abschiedsrede. Die Delegierten dankten es ihm mit mehreren stehenden Ovationen.

Warmes Willkommen für Karin Keller-Sutter

Wo ein Ende ist, ist auch ein Anfang. So haben die Delegierten ihre neue Bundesrätin, Karin Keller-



Ein emotionaler Moment: Die Delegierten danken und verabschieden den verdienten Bundesrat mit stehenden Ovationen.

der Wirtschaft ist sie bestens verankert, etwa durch ihr Engagement im Vorstand des Arbeitgeberverbands oder durch ihre Arbeit im Rahmen von mehreren Verwaltungsratsmandaten. Die FDP ist stolz auf sie und freut sich darüber, dass sie die freisinnigen Werte im Bundesrat vertritt.

Sehr deutliche Zustimmung zur AHV-Steuvorlage und zur Waffenrichtlinie

Einstimmig haben die Delegierten die Zersiedelungs-Initiative abgelehnt, über die wir am 10. Februar zu bestimmen haben. Sie liefert keine Antworten auf die dringendsten Probleme der Raum-

«Es war mir eine Ehre, mich für dieses Land, für unser Petit Paradis, zu engagieren.»

Johann Schneider-Ammann

planung. Eine deutliche Ja-Parole fassten sie aber mit 296 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen für die AHV-Steuvorlage. Mit diesem Paket wird nicht nur die Standortattraktivität gesichert, sondern auch die notwendige Rechts- und Planungssicherheit für Hunderttausende Arbeitsplätze in der Schweiz gewährleistet.

Nach einer spannenden Debatte haben die Delegierten dann auch die Änderung der EU-Waffenrichtlinie mit 250 zu 46 bei 5 Enthaltungen angenommen. Sie wollen das für die Sicherheit in der Schweiz so wichtige Schengen-Abkommen nicht gefährden und betrachten die Änderungen für die Schützinnen und Schützen als zumutbar.



«Die Menschen erwarten von der Politik nicht, dass sie ihnen alle Sorgen abnimmt. Aber sie erwarten von uns, dass wir sie in ihrer persönlichen Freiheit nicht noch mehr einschränken», ist unsere neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter überzeugt.



Die Partei schenkte ihrer neuen Bundesrätin ein grosses Bild des Säntis, das ihre Heimat Ostschweiz symbolisieren soll. Petra Gössi scherzte: «Zum Glück sind die Büros der Bundesräte gross.»



Unsere Präsidentin hat nicht nur die Delegierten auf das Wahljahr eingeschworen, sondern in Biel auch noch ihren Geburtstag gefeiert. Die Blumen nahm sie dankbar entgegen.



Petra Gössi übergibt Johann Schneider-Ammann eine Gutschein-Box für Ausflüge mit seinen Enkelkindern.

Engagierte Nachwuchstalente – Investition in die Zukunft

Mentoringprogramm der FDP Schweiz

Im Juni 2019 startet das neue Mentoringprogramm der FDP Schweiz. Das Programm wird in zwei Ebenen angeboten. So richtet sich ein Programm gezielt an junge Persönlichkeiten, die erst am Beginn ihrer Politkarriere stehen. Das zweite Programm strebt eine Unterstützung von Politikern an, die schon in einem Amt tätig sind und eine nationale Karriere anstreben.



Teilnehmende des Bachelorprogramms am Kickoff, zusammen mit dem damaligen Fraktionspräsidenten, Bundesrat Ignazio Cassis, Präsidentin Petra Gössi und Generalsekretär Samuel Lanz.

Das Programm «Bachelor» richtet sich an Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker, die evtl. bereits auf kommunaler Stufe aktiv sind. Diese Jungpolitiker sollen für ein kantonales Amt (Legislative sowie Parteikader) vorbereitet werden. Die Jungpolitiker erhalten während zweier Jahre eine Betreuung, die ihnen ermöglichen soll, sich ein Netzwerk, das nötige Fachwissen und Kompetenzen aufzubauen. Jeder Teilnehmer erhält einen kantonalen Mentor, der darum bemüht ist, dem Mentee ein Netzwerk im Kanton zu eröffnen. Ebenso werden die Teilnehmer von ihrer Kantonalpartei tat-

kräftig unterstützt, gefördert und betreut. Fleissige Bachelormentees können sich nach einem Jahr für das Masterprogramm bewerben. Pro Ausbildungsgang sind 15 bis 20 Mentees möglich.

Gezielte Förderung

Mit dem Masterprogramm sollen aussichtsreiche Politikerinnen und Politiker auf ein Mandat in der nationalen Legislative, der kantonalen Exekutive oder der nationalen Partei vorbereitet werden. Das Programm bietet ausgewählten Personen die Möglichkeit, sich mit wichtigen Personen zu vernetzen

und so an ein Netzwerk, finanzielle Unterstützung und überregionale Beachtung zu kommen, um erfolgreich kantonale Regierungswahlkämpfe und nationale Wahlkämpfe zu bestehen.

Jeder Teilnehmer erhält einen nationalen Mentor. Den Teilnehmenden wird eine individuell angepasste Förderung ermöglicht. Pro Durchgang können maximal 6 Personen teilnehmen. Das Programm dauert zwei Jahre.

Mit dem Mentoringprogramm sollen junge Politiker so geschult werden, dass sie für kantonale oder nationale Ämter vorbereitet sind. Sie verinnerlichen die liberale Strategie, Werte und die Ausrichtung und können die liberale Politik nach aussen tragen.

Wertvolle Einblicke, grosse Plattform

Durch das Programm erhält die Partei Nachwuchskräfte, die auf einem vergleichbaren Level ausgebildet sind. Die Mentees erhalten auch die Gelegenheit, aktiv bei den Kampagnen, Wahlkämpfen oder bei der Parteikommunikation mitzuwirken. So können sie ihre Ideen und ihr Engagement einbringen und erhalten eine wertvolle Plattform in ihrer Region oder sogar der ganzen Schweiz. Gleichzeitig helfen sie mit, wichtige Inhalte der FDP hinaus in die Kantone und Ortsparteien zu tragen.

Die Ausschreibung startet Anfang Februar – die Kantonalparteien und die FDP Schweiz freuen sich auf zahlreiche Bewerbungen. Für weitere Informationen können Sie sich gerne an Ihre Kantonalpartei oder direkt an die FDP Schweiz wenden.

Anforderungen

- › Politisch aktiv auf kommunaler (Bachelor) oder kantonalen Ebene (Master)
- › Ab 18 Jahre
- › Ausserordentliches politisches Interesse
- › Ehrgeiz, Zielstrebigkeit
- › Bereitschaft, während 2 Jahren grosses persönliches Engagement zu leisten
- › Grosse Flexibilität mitbringen; viele Anfragen sind kurzfristig

Ja zur AHV-Steuvorlage

Standortattraktivität der Schweiz verbessern

Ein weiteres Hinauszögern einer Reform der Unternehmenssteuern wäre sehr riskant, denn es würde die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und viele Arbeitsplätze gefährden. Die AHV-Steuvorlage sichert einen starken Standort Schweiz und gibt den Unternehmen die dringend benötigte Rechts- und Planungssicherheit.

Eines ist nach dieser Legislatur klar: Grosse Würfe sind dem Parlament nicht gelungen. In den Medien war nach dem Scheitern der Unternehmenssteuerreform III und der Reform Altersvorsorge bereits von einer verlorenen Legislatur die Rede. Doch deswegen die Segel streichen dürfen wir nicht – das Problem der international nicht mehr akzeptierten Steuerregimes besteht noch immer und kann mit einer Annahme der AHV-Steuerreform gelöst werden. Eine rasche Lösung ist noch wichtiger geworden. Ein weiteres Hinauszögern ist unweigerlich mit unverantwortlichen Risiken verbunden – kommt die Schweiz von der grauen auf die schwarze Liste der Steuerländer, steht die

Standortattraktivität der Schweiz auf dem Spiel. Dieses Risiko ist für die international vernetzte Schweiz und die mit ihr verbundenen Arbeitsplätze nicht tragbar. Nur eine zeitnahe Reform stellt sicher, dass die Schweiz auch in Zukunft einer der wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorte bleibt und so weiterhin zu den attraktivsten und innovativsten Ländern der Welt gehört. Die AHV-Steuvorlage ist deshalb eine Chance, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Während sie zum einen international nicht mehr akzeptierte Steuerregimes abschafft und damit einen reinen Tisch macht, entwickelt sie zum anderen international unbestrittene Regelungen weiter, sodass die Schweiz auch wei-

terhin ein attraktiver Steuer-, Forschungs- und Arbeitsplatz bleibt. Mit dieser Reform erhalten alle Unternehmen Rechts- und Planungssicherheit. Ermöglichen wir also eine geordnete Standortverbes-



Ruedi Noser

serung, welche im Unterschied zur Unternehmenssteuerreform III sozial abgedeckt ist, und sagen Ja zur AHV-Steuvorlage.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Abstimmungen

Das Waffengesetz – was steckt dahinter?

Aufgrund verschiedener Terroranschläge in Europa und deren länderübergreifender Kriminalität haben die Schengen-Staaten beschlossen, die Waffengesetzgebung im Schengen-Raum anzupassen.

Der illegale Waffenhandel soll besser bekämpft und die Rückverfolgbarkeit von Teilen halbautomatischer Waffen besser gewährleistet werden. Auch der polizeiliche Informationsaustausch zwischen den Schengen-Staaten soll optimiert werden. Als Schengen Mitglied hat auch die Schweiz ihr Waffenrecht weiterentwickelt. Gegen dieses Gesetz wurde das Referendum ergriffen.

Beim Waffengesetz umstritten ist die verschärfte Bedingung für den Erwerb und den Besitz halbautomatischer Waffen. Diese Waffen gelten neu als verboten. Eine Ausnahme vom Verbot bildet die von der Armee übernommene Armeewaffe. Obwohl die Armeewaffe zu den halbautomatischen Gewehren gehört, wurde sie vom Gesetz ausgenommen. Ein Sturmgewehr, das der Armeeangehörige nach dem Ende der Dienstzeit übernimmt, fällt daher nicht in die Kategorie der verbotenen Waffen. Für den Schützen, der mit seiner Armeewaffe trainiert, ergeben sich folglich keine Änderungen. Erst bei einem Weiterverkauf braucht es eine Bewilli-

gung für den neuen Käufer. Mit dem neuen Waffengesetz wird zudem von Sammlern und Museen verlangt, dass ihre halbautomatischen Waffen sicher aufbewahrt werden.

Minimale Änderungen

Somit ist klar: das befürchtete Ausmass der Änderung des Waffengesetzes hält sich in engen Grenzen, mit welchen gezielt die Sicherheit verbessert werden soll. Zudem sichern wir mit dem Waffengesetz unsere Schengen-Mitgliedschaft, die für die innere Sicherheit der Schweiz absolut zentral ist. Diese wären mit dem automatischen Austritt aus Schengen verloren, wenn die Schweiz ihr Waffengesetz nicht anpasst.

**Corina Eichenberger
Nationalrätin AG**



Nach einer interessanten Podiumsdiskussion (von links: NR Corina Eichenberger, NR Philippe Nantermod, NR Jean-Luc Addor) sprachen sich die FDP-Delegierten deutlich für ein Ja zur Waffenrichtlinie aus.



Bauzonen nicht einfrieren

Nein zur Zersiedelungs-Initiative

Die Grünen wollen mit der Zersiedelungs-Initiative Bauzonen ohne jegliche zeitliche Beschränkung einfrieren. In populistischer Manier stellen sie sich als «wir gegen alle» im Kampf für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung dar. Dabei ist völlig klar, dass wir mit unserem Boden haushälterisch umgehen müssen und dass das nicht nur ein Anliegen der Grünen ist. In der Raumplanung braucht es einen vernünftigen Spielraum – die radikale Zersiedelungs-Initiative ist daher abzulehnen.

Wer ökonomisch denkt, denkt auch ökologisch – selbstverständlich auch in der Raumplanung. Die Zersiedelungs-Initiative liefert keine Antworten auf deren Probleme. Im Gegenteil, die Initiative schränkt den Handlungsspielraum der Kantone ein, um wirksam gegen die Zersiedelung vorzugehen und auf gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen der Zukunft zu reagieren. Der Bundesrat wie auch das Parlament empfehlen die Initiative deshalb deutlich zur Ablehnung.

Raumplanung als Wahlkampf

Die eidgenössische Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwick-

lung», auch einfach Zersiedelungs-Initiative genannt, kommt am 10. Februar 2019 zur Volksabstimmung. Artikel 75 der Bundesverfassung soll um vier Absätze erweitert werden und erreichen, dass die Bauzonen in der Schweiz nicht mehr weiter zunehmen, respektive es soll nur eine neue Bauzone geben, wenn mindestens eine gleich grosse Fläche mit vergleichbarer Bodenqualität ausgezont wird. Hinzu kommen Bestimmungen zur Siedlungsverdichtung und zur staatlichen Förderung «nachhaltiger» Quartiere. Damit wird klar: Es geht den Grünen darum, das zukünftige Wohnen zentralistisch zu lenken und den Handlungsspielraum der Kantone und Gemeinden einzuschränken. Es geht

den Initianten aber hauptsächlich um Wahlkampf. In einem Strohfeuer der Unwahrheiten positionieren sie sich als einzige Kraft, die etwas gegen die Zersiedelung unternimmt.

Raumplanungsgesetz wirkt

Die eidgenössischen Räte haben 2012 eine Revision des Raumplanungsgesetzes beschlossen. Die strengen Massnahmen, die es enthält, wurden in einer Volksabstimmung bestätigt und sind am 1. Mai 2014 in Kraft getreten. Die Folgen dieser Regulierung zeigen bereits erste Effekte: Die Bauzonenfläche pro Kopf nimmt dank der Siedlungsentwicklung nach innen und einer effizienteren Flächennutzung ab. Auch die am 11. März 2012 vom Volk angenommene Zweitwohnungsinitiative hat einen dämpfenden Effekt auf die Zersiedelung. Die Bautätigkeit ist deshalb in den Gebieten mit hohem Zweitwohnungsanteil – speziell in den touristischen Berggebieten – rückläufig. Die Behauptungen der Grünen, wir hätten ein Raumplanungschaos und die bisherigen Massnahmen mit den überarbeiteten kantonalen Richtplänen und den angepassten kantonalen Planungs- und Baugesetzen zeigten keine Wirkung, sind klar falsch.

Spielraum bewahren

Heute lässt sich kaum abschätzen, wie die räumlichen Bedürfnisse in einem digitalisierten Zeitalter aussehen werden. Es braucht gerade in der Raumplanung eine gewisse Flexibilität. Eine Güterabwägung muss immer möglich sein. Denn es ist offen, wie sich Mobilität, Logistik, Industrie, Dienstleistungen, Wohnformen u. Ä. entwickeln und welche Raumbedürfnisse sie haben werden. Ein Nein zur Zersiedelungs-Initiative bedeutet, sich in der Raumplanung einen vernünftigen Spielraum zugunsten der in unserem Land wohnenden und arbeitenden Menschen zu bewahren.

Hansjörg Brunner,
Nationalrat TG

Befürworter

Grüne, JUSO, Alternative Linke Bern, SP und Umweltorganisationen

Gegner

FDP, Jungfreisinnige, SVP, CVP, BDP, grünliberale, Schweizerischer Gewerbeverband, Baumeisterverband, Centre Patronal, Economiesuisse, Schweizer Bauernverband, Hotelleriesuisse, Versicherungsverband, Hauseigentümerverband, Fédération romande immobilière, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete

Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

10. FEBRUAR

Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»



JA

19. MAI

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)



JA

19. MAI

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands.
Änderung der EU-Waffenrichtlinie

AGENDA

1. bis 3. Februar

Wahlkampf-Trainingscamp (Aarau)
und 125-Jahr-Jubiläumsfeier der FDP (Olten)

10. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. Mai

Delegiertenversammlung in St. Gallen

19. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

22. Juni

Delegiertenversammlung im Kanton Zürich

31. August

Tag der FDP in Aarau

Überflüssig
& unnützlich!

Radikale
Zersiedelungs-Initiative
NEIN

www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout:

LZ Print | E: kontakt@lzprint.ch

Druck:

NZZ Media Services AG

T: 071 272 72 06 | E: print@nzz.ch

FDP
Die Liberalen

Save the Date

Tag der FDP 2019

Gemeinsam weiterkommen.

31. August 2019

Schachenhalle Aarau

www.fdp.ch



**KRAFTWERK
ZÜRICH**

**12. APRIL
(GANZTÄGIG)**

Save the Date

Urban Innovation Day II

Die Smart City Konferenz für Schweizer und internationale Startups